

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

Nr. 26.

Erscheint jeden Sonntag Abends 7/7 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 R. 50 Pf. und einmonatlich 76 Pf.

37. Jahrgang.
Sonntag, den 1. Februar.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Die Woche.

Die dem deutschen Reichstag diesmal zugewiesene Arbeitsmenge ist eine so bedeutende, daß selbst während der mehrwöchentlichen Pause, welche nach Erledigung der ersten Lesungen eintreten soll, die Kommissionen werden raslos fortarbeiten müssen, um den aufgehäuften Stoff zu bewältigen. Die von dänischer und elsäß-lothringischer Seite eingebrachten Agitationsanträge sind deshalb von vielen Mitgliedern des Reichstages mit Recht als eine unnütze Zeitverschwendung angesehen worden. Es half glücklicherweise dem dänischen Abgeordneten Jürgensen nichts, daß die Welsen, Polen, Elsäß-Lothringer und Sozialdemokraten seinen Sprachenantrag aus Paß gegen das nationale Staatswejen unterstützten. Fast noch größere Ansprüche an die Geduld des Hauses machte der Agitationsantrag der Abgg. Rabls und Winterer auf Aufhebung der noch in Elsäß-Lothringen geltenden diktatorischen Befugnisse. Dieser Antrag wurde, nachdem er die dringende Staatsberatung um zwei Tage verzögert hatte, von den Antragstellern wieder zurückgezogen. Dem eingebrachten konservativ-liberalen Gewerbeordnungs-Antrag ist kaum ein günstigeres Loos zu prophezeien, trotzdem die „Kreuzzeitung“ behauptet, daß die Bestrebungen der Abgg. Ackermann, v. Schorlemer und v. Kleist-Megow von der Zustimmung der Handwerker getragen werden und im Allgemeinen das Richtige träfen. Die mißfälligen Aeußerungen der „Nordd. Allg. Ztg.“, der „Post“ und der „National-Zeitung“ lassen kaum einen Zweifel darüber bestehen, daß diese zünftlerische Anregung weder der Reichsregierung noch der Reichstagsmehrheit willkommen ist. Das Hauptinteresse nehmen jetzt die Arbeiten in den Reichstagskommissionen in Anspruch. Der Grundsatz der prozentualen Börsensteuer ist in der betreffenden Kommission mit 13 gegen 7 Stimmen angenommen worden; ebenso einigte man sich über die Einführung des Schlussnotenzwanges, durch welchen die Steuerbücher befreit werden. Die am Dienstag in der Postdampferkommission stattgefundenen erste Abstimmung über die Bedingungen, unter denen die Subventionen zu vergeben sind, ergab eine sehr erfreuliche Ueber einstimmung. Durch die Letztere sind die Zustimmungen allerdings nicht gebunden, auch die ganze Vorlage anzunehmen, und namentlich beim Zentrum ist es sehr zweifelhaft, ob man aus dieser Eventualabstimmung Folgerungen für die schließliche Gesamtabstimmung der Partei ziehen darf. Die Arbeiten der Postparlaments-Kommission gehen nur sehr langsam vor sich, da dabei die Lokalinteressen große Berücksichtigung verdienen. Ueber den Antrag des Abg. Schent, die Regierung um Vorlage eines neuen Gesetzes zu ersuchen, durch welches die Postverwaltung ermächtigt wird, ihre Organe den bestehenden Kommunalparlaments als Annahme-, Auszahlungs- und Uebertragungsstelle auf Wunsch dienstbar zu machen, wurde viel debattirt, aber keine Einigung erzielt.

Der in den letzten Tagen in Berlin versammelte deutsche Handeltags nahm eine Resolution an, welche sich mit der Kolonialpolitik des deutschen Reichstanzlers befriedigt erklärt, genehmigte ferner eine Resolution gegen die von dem Abg. v. Wedell-Machow beantragte prozentuale Börsensteuer. Die ursprünglich geplante Erörterung der Getreidezölle unterblieb, da sonst die stark ausgeprägte Gegnerschaft zwischen den offenen Freihändlern und den Opportunisten leicht zur Sprengung des Handelstages geführt hätte. Die alle sozialpolitischen Zugeständnisse der deutschen Reichsregierung überbietenden sozialpolitischen Anträge der liberalen Zentrumspartei scheinen die sozialdemokratischen Abgeordneten zu ermutigen, ihrerseits einige hohe Forderungen zu formuliren. Das Arbeitergesetz, welches die Sozial-Demokraten angeblich im Reichstage einbringen, verlangt außer dem Normal-Arbeitsstage und dem Schutze der Fabrikarbeiter ein Reichsarbeiteramt.

Den allergrößten Schwierigkeiten dürfte ein angeblich in Stiermiewitz vorbereitetes Auslieferungs-Abkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland begegnen, da nicht nur die österreichischen Polen, sondern auch die ungarischen Regierungsbürokraten sofort gegen die ersten ausgehenden Führer energisch Front machten. Das ungarische Ministerium ist zwar entschlossen, den Handel mit Sprengstoffen in strengster Weise zu überwachen, um eine mißbräuchliche Gebahrung in dieser Richtung zu verhindern, will aber keinerlei internationale oder staatliche Maßregel unterstützen, durch welche die verfassungsmäßigen Rechte und Garantien eingeschränkt werden.

Der die auswärtigen Angelegenheiten Italiens leitende Staatsmann Mancini hat in letzter Woche den Schleier, welcher die mit England vereinbarte Kolonialpolitik bisher verhüllte, muthig gelüftet. Nach seinen bündigen Erklärungen muß man zwischen der internationalen Politik Italiens im Allgemeinen und dem Verhalten der Regierung in Egypten bez. am Rothen Meere im Besonderen streng unterscheiden. Für alle europäischen Angelegenheiten regelt Italien sein Marschtempo nach dem Schrittmäßig Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, was indessen seine Bestrebungen als Mittelmeer-macht anlangt, so scheinen die jetzigen leitenden Kreise Italiens den Schlüssel zu diesen nicht im Rathe Europas, sondern nach dem ausdrücklichen Eingeständniß Mancinis selbst, im Rothen Meere zu suchen. Dort haben die ersten Ausschiffungen italienischer Küstengarnisonen bereits stattgefunden, eine Thatsache, die nur mit Englands Einwilligung Platz greifen konnte, daher dieser Umstand allein schon genügt, um das Vorhandensein englisch-italienischer Spezialvereinbarungen zweifellos darzutun.

Während die französischen Regierungsblätter die Depeschen der „Times“ aus Hongkong, welche meldeten, daß ein Angriff der Franzosen auf Kelung zurückgeworfen worden ist und diese erhebliche Verluste erlitten haben, mit Stillschweigen übergingen, hoben die radikalen Organe diese Nachrichten besonders hervor und behaupteten, die Regierung wolle die Nachricht zunächst verheimlichen, damit die Senatorenwahlen nicht gegen sie ausfielen. Diese Wahlen lieferten jedoch inzwischen ein ganz brillantes Resultat, indem die Regierungspartei zahlreiche Sitze gewann und nur drei Sitze verlor. Wie es in parlamentarischen Kreisen heißt, werden die allgemeinen Wahlen zur Kammer der Deputirten schon am 31. Mai stattfinden. Das Gesetz würde der Regierung gestatten, dieselben erst im Juli oder Anfangs August stattfinden zu lassen, allein sowohl sie selbst als auch die ministerielle Mehrheit in der Deputirtenkammer wünschen, daß die Wahlen schon im Frühjahr abgehalten werden. Die Kammer würde sich in diesem Falle im April auflösen, um der Regierung und den Abgeordneten Zeit zu einer Wahlagitation zu lassen, welche von allen Parteien mit großem Eifer betrieben werden dürfte.

Mit echt englischem Gleichmuth haben sich die Londoner bereits wieder über die drei Explosionen beruhigt, welche die Fenier in ihrer Mitte ins Werk gesetzt hatten. Die „Ball Mail Gazette“ schätzt den im Tower angerichteten Schaden auf 1000, den im Unterhause verursachten auf 10000 Pfund. Sterl., den Werth des in Westminster Hall zertrümmerten Glases auf 5000 Pfund. Sterl. „Das“ so fügt das Blatt fast höhnisch hinzu, „ist der ganze Erfolg des Attentats; Niemand wurde getödtet, etwa 20 Männer, Frauen und Kinder wurden verletzt; zwei Schulkinder haben das Gehör verloren. Das ist Alles. Nachdem den Dynamithelden zwei Jahre lang London fast schulplos für ihre Experimente überlassen war, haben sie nur für 100000 Pfund Sterling im Ganzen Schaden zu stiften vermocht; Niemand wurde getödtet, keine Eisenbahn in ihrem Betriebe ernstlich gestört, keine Gebäude vernichtet; der Strom des englischen Lebens auf keinen Augenblick gehemmt.“ Indessen sind doch seit den letzten Explosionen außerordentliche Polizeimaßregeln getroffen, der Tower, sowie die Staatsgemächer des Windsor-Schlusses bis auf Weiteres für Besucher geschlossen werden. Die Portale des neuen Justizpalastes am Strand werden von der Polizei mit Argusaugen bewacht. Wer mit einer Reisetasche oder einem Paket in der Hand das Gebäude betritt, muß sich eine Visitation gefallen lassen. Seit Sonnabend werden die Dampfboote, welche von Folkestone und Dover nach Frankreich abgehen, streng überwacht.

Von den Orthodoxen in Rußland wird der Verdacht geäußert, daß der Brand der griechischen Kirche in der Jakobstadt ohnweit Riga durch explodirende Stoffe veranlaßt wurde. Nach der Beschreibung ist anzunehmen, daß die verbrannte Kirche die erst in den letzten Monaten mit verbrannter Erde eingeweihte, zur Verherrlichung der großen Feierlichkeit des orthodoxen Kultus bei Riga erbaute Kathedrale war. Hoffentlich gelingt eine vollständige und schnelle Aufhellung des Verbrechens; denn bei der Art, wie der Kampf gegen das Deuththum in den Disseprovinzen geführt wird, muß man befürchten, daß selbst Thaten, die auf nihilistische Hände hindeuten, zur Aufhebung der Gemüther gegen die Deutschen benutzt werden. — Die russischen Blätter beschäftigen sich jetzt auch sehr ernsthaft mit den

Ausbreitungen der in der Fabrik von Morosow im Wladimirischen Gouvernement beschäftigten 8000 Arbeiter, welche das Einschreiten von zwei Bataillonen Infanterie und 250 Kosaken nöthig machten, denen es schließlich gelang, die Ordnung wieder herzustellen. Mehrere Personen wurden erheblich verletzt und die innere Einrichtung der Fabrik, Webstühle u. s. w., soweit als möglich zerstört. Die Arbeiter scheinen durch Wähler aufgeregelt worden zu sein. Jedenfalls wird die Regierung gut thun, diesen Vorgängen sorgfältige Aufmerksamkeit zu schenken.

Nach langem Harren ist in der egyptischen Hauptstadt die bedeutungsvolle Nachricht eingetroffen, daß die Verbindung zwischen der Stewartischen Schaar und General Gordon hergestellt und Truppen des Letzteren unter Führung Musri Pascha's bereits an den Kämpfen bei Metammeh theilgenommen haben. Dieser glänzende Erfolg der englischen Vorhut ist durch achtstägige Kämpfe erzielt worden, die sich unmittelbar an die Schlacht von Abuklea angeschlossen. Der tapfere Führer Stewart ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verwundet, seine tapfere Schaar aber jedenfalls stark mitgenommen worden. Wie es scheint, ist der letzte Akt der Tragödie im Sudan endlich herangekommen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika vermahnt man sich feierlich gegen jede Mitschuld an den in London von den Feniern verübten Verbrechen und sucht nachzuweisen, daß diesmal das Dynamit aus Frankreich nach London geschafft wurde. Immerhin wird die Sache mit bloßen Entrüstungs-Kundgebungen nicht abgethan sein und bleibt es eine Ehrenpflicht der nordamerikanischen Regierung, den gesetzgebenden Versammlungen ein Gesetz gegen den Mißbrauch von Sprengstoffen vorzulegen und dringend zur Annahme zu empfehlen.

Tageschau.

Freiberg, den 31. Januar.

Das deutsche Kaiserpaar blieb dem vorgestrigen Hofball im Kgl. Schlosse zu Berlin fern. Dagegen erschienen, unter dem Vortritt des großen Dienstes und gefolgt von den Prinzen und Prinzessinnen von Preußen, der deutsche Kronprinz und die deutsche Kronprinzessin. Der Kronprinz begrüßte zunächst die Damen, dann die Herren der fremden Hofschäften und Gesandtschaften, mit denen allen der hohe Herr ein freundliches Wort wechselte. In gleicher Weise machte die Kronprinzessin die Runde; sie begann dieselbe bei den Fürstinnen an der rechten Seite des Thrones. Die erlauchte Frau trug über einer mit alten kostbaren Spitzen besetzten weißseidenen Robe eine Taille und Schleppe von weißem Sammetbrotat, in welcher schwarze Kanteln eingewebt waren; in den Haaren und auf dem Halbe glühten und sprühten unzählige Diamanten. Später hielt die Frau Kronprinzessin Cercle, wobei sie namentlich auch Männer der Kunst und Wissenschaft, Mitglieder des Wohlthätigkeitskomitees und Leiter gemeinnütziger Anstalten mit Ansprachen beehrte.

Gestern wurde im deutschen Reichstage über die bereits erwähnte Interpellation des Freiherrn v. Hammerstein verhandelt. Der genannte Abgeordnete gab einen geschichtlichen Ueberblick über die Vorgänge, die ihn zu seiner Interpellation führten. Die Deutsche Grundkreditbank in Gotha habe eine Reihe von Jahren gute Geschäfte gemacht, aber sei durch das Bestreben, noch bessere Geschäfte zu machen, dahin gekommen, keine Dividende mehr zahlen zu können. Namentlich sei in der Beleihung nicht mit der nöthigen Vorsicht verfahren worden. Eine Generalversammlung habe eine Vertrauenskommission niedergesetzt, um die Verhältnisse zu prüfen; dieselbe konstatarie einen Kapitalverlust von 5 1/2 Millionen und einen Einnahmeverlust von 1/2 Million. Zur Beseitigung des Kapitaldefizits schlug sie die Aktienkapitalreduktion, zur Beseitigung des Einnahmeverlustes eine Herabsetzung des Zinsfußes auf 3 1/2 Prozent vor. Zur Vermeidung des Konkurses wurde eine Konversion aller Pfandbriefe angestrebt. Außerdem sollten die Aktionäre von dem zukünftigen Reingewinn 4 Prozent Dividende auf ihr Kapital vorweg haben, ohne Verminderung des Aktienkapitals. Es leuchte ein, daß dieser Reorganisationsplan lediglich zu Gunsten der Aktionäre sei und den Pfandbriefinhabern gar keine Entschädigung biete, obwohl die Aktionäre ohne die Zugeständnisse der Pfandbriefinhaber ihr ganzes Vermögen verloren hätten. Widerstrebende Pfandbriefinhaber wolle man nun durch das Kuratoren-gesetz zwingen, zuzustimmen. Der Redner erörterte dann die Frage der Kompetenz des Reichs, die er auf Grund des Art. 4 der Verfassung bejahete. Ein Individualrecht der Gläubiger werde hier gefährdet, das die